

**Die LINKE-Fraktion im Rat der Stadt Brühl**  
**Eckhard Riedel - Fraktionsvorsitzender**

Brühl, den 1. März 2010

## Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2010

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

die Auswirkungen der Finanzkrise und die Einnahmeausfälle, durch die von CDU/FDP beschlossenen Steuersenkungen im Bund, auf den Haushalt der Stadt Brühl sind noch nicht im vollen Umfang abzusehen.

Die erste Maßnahme zur Erhöhung der städtischen Einnahmen, ist der Vorschlag der Verwaltung, eine drastische Erhöhung der Grundsteuer B ( von 390 auf 450 Prozentpunkte) vorzunehmen. Wir fordern zusätzlich die Erhöhung der Gewerbesteuer.

Es ist nicht einzusehen, dass nur die Grundsteuer B erhöht wird und somit alle Bürger/innen mit höheren Steuern belastet werden und die Wirtschaft zur Haushaltskonsolidierung nichts beitragen muss. Aus Gründen der sozialen Ausgewogenheit ist eine Erhöhung der Gewerbesteuer, mit einem Hebesatz von 20 v.H. angemessen.

Die alleinige Erhöhung der Grundsteuer B, von 390 auf 450 Prozentpunkte wie von der Verwaltung vorgeschlagen, belastet die privaten Vermögen, aber mit der Besonderheit, dass sie vom Grundbesitzer über die Nebenkosten auf die Mieter abgewälzt wird. Das ist eine spürbare Erhöhung der Wohnungsnebenkosten.

**Wir fordern, die Gewerbesteuer um 20 Punkte anzuheben von 430 v.H. auf 450 v.H.**

Mit der zusätzlichen Erhöhung der Gewerbesteuer würden wirklich „alle“, auch die Wirtschaft, an der Sicherung des Stadthaushaltes und der Sanierung öffentlicher Einrichtungen beteiligt. Damit werden – entgegen der Propaganda – keine Arbeitsplätze gefährdet, denn Gewerbesteuer zahlen nur die Firmen, die Gewinn erwirtschaften. Firmen, die keinen Gewinn machen, zahlen nicht und können auf spätere Jahre einen steuerbefreienden Verlustvortrag machen. Alle Firmen brauchen und nutzen aber die städtische Infrastruktur – die Beteiligung der Wirtschaft ist daher nur gerecht. Dazu kommt, dass die Grundsteuer von Firmen als Betriebskosten vom Gewinn abgesetzt werden kann, was dann die Ertragssteuern mindert.

Bei anderen Kommunen im Rhein-Erft-Kreis lag der Gewerbesteuerhebesatz bereits 2009 in geforderter Höhe, so in Bedburg und Kerpen bei 460 v.H. und in Bergheim und Elsdorf bei 450 v.H. Weiterhin ist davon auszugehen, dass auch in diesen Kommunen die Gewerbesteuer noch angehoben wird.

## Was wollen wir mit der Anhebung der Gewerbesteuer zusätzlich finanzieren ?

### 1. Stellenplan

#### 1.1 Beibehaltung der Eigenreinigung

Wir fordern, dass die Reinigung der Städtischen Gebäude auch zukünftig mit eigenem Personal durchgeführt wird. Die kw-Vermerke im Haushaltsplan 2010 (Eigenreinigung) sollen gestrichen werden.

DIE LINKE. Fraktion im Brühler Rat ist gegen die „Schrittweise Privatisierung“ des Stellenplans in diesem Teilbereich des Haushaltsplans. Ohne Kostenvergleiche soll anscheinend die Eigenreinigung auf Fremdreinigung umgestellt werden.

Die Stadt Brühl ist bei der Verwendung öffentlicher Gelder nicht nur der Kosten-Nutzen-Kalkulation verpflichtet, sondern hat mindestens zu gleichen Teilen soziale Aspekte in ihre Entscheidungen einzubeziehen. Wir warnen vor den schwerwiegenden sozialen Folgen.

Billigend nehmen die Brühler Mehrheitsfraktionen aus CDU/FDP in Kauf, dass das Einkommen von Beschäftigten unterer Lohngruppen weiter sinkt und zukünftig noch mehr Arbeitnehmer/innen und ihre Familien auf staatliche Hilfen (aufstockendes ALG II) angewiesen sein werden. Das wird passieren, wenn Reinigungsfirmen mit der Gebäudereinigung beauftragt werden sollten. Im Gebäudereinigerhandwerk gelten momentan Mindestlöhne von 8,15 Euro pro Stunde im Westen. Wir fordern 10 Euro pro Stunde damit die Einkommen über den Hartz IV Satz bei Familien liegen (s. Rechenbeispiel Anlage). Viele Reinigungsfirmen beschäftigen Mitarbeiter auch ausschließlich auf Mini-Job-Basis.

Wir fordern die CDU/FDP-Mehrheitsfraktion auf, angesichts der unübersehbaren Folgen, dem Anliegen der Verwaltung Einhalt zu gewähren oder zumindest bis zur Vorlage von Vergleichsangeboten den kw-Vermerken im Haushalt 2010 nicht zuzustimmen.

Es ist noch Zeit einer Politik der sozialen Kälte und des rücksichtslosen Sozialabbaus Einhalt zu gebieten. Eine konzeptionslose Privatisierung öffentlicher Aufgaben, die auf Sozialdumping und Beschäftigung in einem breiten Niederlohnsektor abzielt, ist mit der Fraktion.DIE LINKE nicht zu machen. Wir sind gegen die Formel: „ARM TROTZ ARBEIT“.

Das Anliegen der Kämmerei, des Bürgermeisters und der Mehrheitsfraktionen aus CDU/FDP im Rat ist nicht verwunderlich, wenn man weiß, dass im öffentlichen Sektor immer mehr Dumpinglöhne gezahlt werden.

Jeder zehnte Erwerbstätige, der wegen seines geringen Arbeitseinkommens zusätzliche "Hartz IV"-Leistungen bezieht, ist im öffentlichen Dienst oder in einem Unternehmen im öffentlichen Sektor beschäftigt. Das geht nach einem Bericht der "Saarbrücker Zeitung" aus einer Stellungnahme der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hervor.

Demnach sind es 131.722 Personen, die als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte noch Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende beziehen. Ihr Tätigkeitsbereich umfasst die öffentliche Verwaltung, das Bildungs- und Sozialwesen

sowie die Entsorgungswirtschaft. Die Zahl der so genannten Aufstocker liegt nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit bei insgesamt 1,37 Millionen. "Es ist ein Skandal, dass zehn Prozent der Aufstocker direkt oder indirekt vom Staat beschäftigt sind" (Quelle: Stand: 25.02.2010 12:57 Uhr - meta.tagesschau.de / <http://www.tagesschau.de/inland/aufstocker102.html>).

## **1.2 Stellenaufstockung im Jugendamt**

Wir fordern im Jugendamt der Stadt Brühl im Bereich der Hilfen zur Erziehung (Eltern- und Familienbegleitung) eine Teilzeitstelle einzurichten, sowie finanzielle Mittel für eine Stundenerhöhung einzelner Mitarbeiter/innen bereitzustellen.

In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 07.01.2010 wurde die Notwendigkeit dieser Maßnahme (Vorlagen-Nr. 57/06, Seite 8) ausführlich seitens des Jugendamtes begründet. Diese Maßnahmen sind vor allem präventiv angelegt und werden der Stadt Einsparungen bei den Folgekosten erbringen.

Wir begrüßen ausdrücklich, die vom Bürgermeister jetzt zugesagte Umsetzung dieser Maßnahme.

Weiterhin unterstützen wir die vorgestellte neue Personalstruktur in der Führungsebene der Stadt Brühl. Der Umsetzung einer schlankeren Führungsebene können wir nur zustimmen.

## **1.3 Bürgerbeteiligung**

### **Mehr Demokratie durch mehr Mitbestimmung**

Wir fordern die Verwaltung der Stadt Brühl auf, ein Konzept für einen „Kommunalen Bürgerhaushalt“ für die nächste Haushaltsperiode (2011) zu erarbeiten.

Dieses soll geschehen in enger Abstimmung mit den Fraktionen, Gruppen, Vereinen und der interessierten Öffentlichkeit.

Hierbei sollen Erfahrungen anderer Städte berücksichtigt werden. Ein deutlicher Schwerpunkt soll bei der Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten insbesondere durch verstärkte Online-Beteiligung gesetzt werden.

Mit unserem Antrag der konzeptionellen Entwicklung und Einführung des Kommunalen Bürgerhaushaltes soll ein weiterer Schritt in Richtung Bürgernähe und transparentes Verwaltungshandeln getan werden.

Wie wir ausführen, ist es Ziel, Brühls Bürger/innen an der Haushaltsplanung aktiv mitwirken zu lassen um sich gemeinsam mit Politik und Verwaltung zu engagieren.

Mehrere Kommunen, wie z.B. Köln, Hilden oder Hamm, sind neue Wege der Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des Haushalts gegangen. Ohne damit die Rechte des Rates einzuschränken, werden die Bürgerinnen und Bürger stärker an der kommunalen Finanzplanung beteiligt.

So wurden beim Kölner Bürgerhaushalt die Bürgerinnen und Bürger unter dem Motto „Deine Stadt, Dein Geld“ an den Etatbereichen Sport, Grünflächen, Straßen und Wege mit großem Erfolg beteiligt.

Sollte die Kämmerei dafür mehr personelle Unterstützung benötigen, so würde durch die Anhebung der Gewerbesteuer auch dieses gewährleistet sein.

Verwunderlich ist es, dass der Kämmerer sich während des Wahlkampfs für die Zukunftswerkstatt eingesetzt hat, sich aber in seinem eigenen Ressort, mit der Bürgerbeteiligung schwer tut.

**Ferner fordern wir die Mitarbeiter/innen im Haus auf, der politischen Ebene weiteren Stellenbedarf zu signalisieren. Gleiches gilt für die Möglichkeiten zur Einsparung.**

## **Bildung:**

### **Kinder, Jugendliche, Bildung und Schule**

#### **Kindertagesstätten**

Lobenswert sind die Anstrengungen des Jugendamtes und des Bürgermeisters den Anspruch auf Kindergartenplätze für die Dreijährigen umzusetzen und genauso wie die Erfüllung zur Erreichung der 35 % Quote der Plätze für Kinder unter drei Jahren bis 2013.

Das kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Kinderbildungsgesetz NRW von Anfang an ein Spargesetz war und die dort geforderten Standards wegen zu wenig Personal nicht erfüllt werden können.

Die kommunalen Spitzenverbände haben das Ansinnen der Landesregierung, Empfehlungen zur Bildungsförderung für Kinder von 0 - 10 Jahren zu vereinbaren, zurückgewiesen.

Alle Kindertageseinrichtungen seien bereits an ihren Kapazitätsgrenzen angelangt. Bevor man zu einer neuen Bildungsvereinbarung mit möglicherweise noch höheren Anforderungen komme, müssten die Rahmenbedingungen für die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern verbessert werden. Selbst einer Erprobung wird nicht zugestimmt.

Indirekt gestehen die Kommunalen Spitzenverbände zwei Punkte ein, die in der politischen Regierungsrhetorik besonders von Minister Laschet bisher immer gegenteilig dargestellt werden:

1. Die finanziellen Rahmenbedingungen sind derart schlecht, dass jede zusätzliche Belastung absolut nicht mehr verkraftbar ist.
2. Die Bildungsarbeit in den Kitas läuft auf Basis der Bildungsvereinbarung 2003, das Kibiz hat diesbezüglich also nichts verändert.

## **Schulen**

Wir fordern für das ganze Land NRW „Eine Schule für Alle“, in der alle Kinder bis zur zehnten Klasse gemeinsam mit umfassender Ausstattung für die individuelle Förderung lernen – inklusive Lehr- und Lernmittelfreiheit und kostenlosem, gesundem Schulesse für alle Kinder. Die systematische Ausgrenzung von sozial Benachteiligten, Migrantinnen und Migranten, von chronisch Kranken und Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem ist in Deutschland so extrem wie in keinem anderen europäischen Land. Dabei wird immer wieder der Anspruch auf Inklusion\* laut. Inklusion bedeutet, das selbstverständliche und gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen von Anfang an. Die Zahl der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher ist hoch. Wer die Schule nicht erfolgreich absolviert, hat kaum Chancen auf einen Ausbildungsplatz und damit auf eine gute Berufsperspektive.

„PISA hat gezeigt, dass Gleichheit und Qualität gleichzeitig möglich sind.

Was ist das finnische Geheimnis?

Erstens: Sie ist eine Gesamtschule. Und ein zweites: In den ganz frühen Jahren in Kindergarten, Vorschule und Grundschule arbeiten Lehrkräfte meist sogar zu zweit mit sehr kleinen Gruppen. Und ein drittes: Es gibt ein selbstverständliches Netzwerk von Förderung. Es geht nie um Auslese, Kinder werden nicht beschämt, sie werden nicht zurückgesetzt, wenn sie Lernprobleme haben, Noten setzen erst spät ein, Prüfungen sind keine Sackgassen.

Wie sagen doch die Schüler/innen in Finnland? „Die Schule sorgt gut für uns.“

Es ist zu begrüßen, dass auch die SPD und DIE GRÜNEN im Land, die gleiche Forderungen aufstellen wie DIE LINKE. in NRW – „EINE SCHULE FÜR ALLE“.

Alles was auch in Brühl mit gutem Willen für den Ausbau der Schulen geschehen ist, bleibt Stückwerk, ob der Ausbau der Mensa des Max-Ernst-Gymnasiums bei 1200 Schülern und 300 Essensplätzen in der Mensa oder der Aufbau des Ganztagsbetriebs an der Erich-Kästner-Realschule oder die Offene Ganztagsgrundschule mit Betreuer/innen, oftmals ohne pädagogische Ausbildung.

Wenn im Schulausschuss vorgetragen wird, dass die Hauptschule 50% Migranten und zusätzlich 25% Kinder aus Familien von Spätaussiedlern betreut, bleibt die Möglichkeit der Integration diesen Kindern oft verschlossen.

So werden an der Realschule und dem Gymnasium nur jeweils ca. 10 % der Kinder mit Migrationshintergrund betreut.

Also lautet unsere erste Forderung Abschaffung der Hauptschule und die Errichtung einer zweiten Gesamtschule für Brühl. Dafür werden wir uns in den nächsten Jahren einsetzen.

Ein weiteres Ziel ist es für DIE LINKE. im Brühler Rat die Schaffung eines Jugendzentrums in Brühl-Vochem mit entsprechenden Beratungsmöglichkeiten für Jugendliche.

## **Anmerkung**

\* UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen seit 26. März 2009 für Deutschland verbindlich

## **Armut in Brühl**

Eine wachsende Zahl von Menschen in Nordrhein-Westfalen ist von massiver Armut betroffen. Während NRW das Bundesland mit den meisten Millionärinnen und Millionären ist, leben ca. 1,6 Millionen Menschen von Hartz IV, darunter allein etwa 500.000 Kinder.

Die wachsenden Armutsverhältnisse sind im Wesentlichen durch Hartz IV geprägt. Gute tarifliche Arbeitsverhältnisse im Öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft werden zunehmend durch ungesicherte Beschäftigung ersetzt, in die Hartz IV-Beziehende gezwungen werden: Teilzeit- und Leiharbeit, Ein-Euro-Jobs und Praktika.

Um dieser Entwicklung entgegen steuern zu können, fordern wir für Brühl einen „Armutsbericht“.

Als erste Maßnahme fordern wir den Rat der Stadt Brühl auf, die zeitnahe Abschaffung aller Ein-Euro-Jobs und Kombilohnstellen zu beschließen. Stattdessen sollen alle offenen Stellen in der Stadtverwaltung und den städtischen GmbH's besetzt werden. Wir fordern die Schaffung neuer tariftreuer und sozialversicherungspflichtiger Stellen bei der Kommune und ihren Töchtern bzw. Beteiligungen durch entsprechende Beschäftigungsprogramme.

Wir benötigen für die Stadt Brühl mehr Zahlen, Daten und Fakten um einer weiteren Verarmung breiterer Schichten entgegen steuern zu können (Arbeitslosigkeit in Brühl im Februar 2010 = 8,5 %, Erftstadt 7,1 %, Hürth 7,5 %, Pulheim 5,9 %).

Ein Indiz für die steigende Armut in Brühl ist die ständig steigende Zunahme der Inanspruchnahme der „Brühler Tafel“.

## **Gefahren für die Städtischen GmbH's**

Wir sehen auch die Gefahr, dass die Stadtwerke und die Gebausie zu stark in die Konsolidierung des Haushaltes mit einbezogen werden sollen, so, dass zu wenig Geld für die eigentlichen Aufgaben dieser städtischen GmbH's übrigbleiben, wie z.B. barrierefreies Wohnen voranzubringen und die entsprechende Instandhaltung der vorhandenen Gebäude.

## **Wirtschaftsförderung und Tourismus**

### **Bereich Kultur:**

Weiterhin regen wir an, einmal im Jahr, in Zusammenarbeit mit der Schlossverwaltung ein „Höfisches Treiben“ im Schlossgarten und in der Stadt zu veranstalten (z.B. mit Kramer Zunft / oder einer anderen Truppe).

**Einen Haushalt ohne die Erhöhung der Gewerbesteuer werden wir nicht zustimmen.**

**Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.**

**Eckhard Riedel  
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE.Fraktion  
im Brühler Stadtrat**

**Beispielrechnung:****Verheiratet, 1 Kind (2 Jahre) – Vater arbeitet bei der Gebäudereinigung (8,15 € Stundenlohn)****Ergebnis**

	Euro	Abzüge 2010	Euro
Lohn (Brutto):	1.401,80	Lohnsteuer:	0,00
		Solidaritätszuschlag:	0,00
		Kirchensteuer:	0,00
Lohn (nach Steuer):	1.401,80	Steuern gesamt:	0,00
		Rentenversicherung:	139,48
		Arbeitslosenversicherung:	19,63
		Krankenversicherung:	110,74
		Pflegeversicherung:	13,67
Lohn (Netto):	<b>1.118,29</b>	Sozialversicherung gesamt:	283,52
Kindergeld:	184,00		
<b>Gesamt:</b>	<b>1302,29 EURO</b>		

2010 erhöht sich Ihr Monats-Nettoeinkommen gegenüber 2009 um 0,00 Euro.

**Regelleistung ARGE:**

Verheirateter, 1 Kind (2 Jahre)

Vater 323 € Mutter 323 € Kind 215 € Kosten der Unterkunft (KdU) 600 €

**Gesamtbedarf: = 1461 € – (1277 € von der ARGE + 184 € Kindergeld)**

Bruttolohn bei 8,15 € Gebäudereinigung	= 1401,80 €
Nettolohn ca.	= 1118,29 €
<u>Kindergeld</u>	= 184,00 €
Gesamt	= 1302,29 €

**Differenz zur ARGE-Leistung 158,71 €- Anspruch auf ALG II (Aufstocker)**

=====

**Anspruch pro Tag ALG II= 323 €: 30 Tage = 10,77 € am Tag / Erwachsener /verheiratet**

**Anspruch pro Tag ALG II= 215 €: 30 Tage = 7,17 € am Tag / Kind**